

FREIBERUFLER-TICKER vom 13. Mai 2022

1. BFB startet Jobportal

Der BFB startete am 9. Mai 2022 offiziell sein Jobportal. Es richtet sich vor allem an geflüchtete Ukrainerinnen und Ukrainer, ist aber auch offen für Menschen aus Deutschland, die sich für eine Stelle, eine Ausbildung oder ein Praktikum interessieren. Unter www.freieberufe-jobportal.de bietet der BFB mit tatkräftiger Unterstützung seiner Mitgliedsverbände Stellen, Ausbildungs- und Praktikumsplätze an. Das Jobportal informiert exklusiv über freie Stellen in den Freien Berufen. In den ersten Tagen haben viele Freiberuflerinnen und Freiberufler über 850 Angebote online gestellt. Dazu wurde auch ein [Facebook-Kanal](#) eingerichtet.

2. „Tag der Freien Berufe“ – BFB stark vertreten

„Liberal Professions: Lessons learned and challenges ahead“ – unter diesem Motto stand der diesjährige „Europäische Tag der Freien Berufe“ am 10. Mai 2022 im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss zu Brüssel. Neben Dr. Heinrich Böckamp, BFB-Vizepräsident und Präsident der Bundesingenieurkammer, der auf dem Panel „Nachhaltige Entwicklung“ die Bedeutung der planenden technischen Freien Berufe für die erfolgreiche Umsetzung des „Green Deal“ hervorhob, war BFB-Präsident Friedemann Schmidt auf dem Panel „Digitalisierung/Künstliche Intelligenz“ vertreten und sprach dort über die Bedeutung des Vertrauensverhältnisses im digitalen Zeitalter. Schmidt betonte, dass ein Kernaspekt der Freien Berufe die hoch qualifizierte Dienstleistungserbringung auf Basis eines Vertrauensverhältnisses sei. Dieses Vertrauensverhältnis beruhe ganz maßgeblich auf dem persönlichen, unmittelbaren Kontakt, weshalb es nicht das Ziel sein könne, diesen zukünftig ersetzen zu wollen. Vielmehr gelte es, den Fokus darauf zu richten, dass durch den Einsatz von Digitalisierung und Künstlicher Intelligenz die Qualität der freiberuflichen Dienstleistung gesteigert werden könne. Dabei müsse aber immer klar sein, dass es sich hierbei um Hilfsmittel handelt. Auch in Zukunft müsse der Empfänger einer freiberuflichen Dienstleistung darauf vertrauen können, dass es am Ende die Freiberuflerin oder der Freiberufler ist, die oder der nach bestem Wissen berät, behandelt oder plant.

3. Berufsbildungsbericht 2022 vom Bundeskabinett beschlossen

Das Bundeskabinett [beschloss](#) am 11. Mai 2022 den Berufsbildungsbericht 2022, der die Lage auf dem Ausbildungsmarkt für das Jahr 2021 spiegelt. Neben den Effekten der Coronapandemie war der Ausbildungsmarkt geprägt von übergeordneten Herausforderungen wie der ökologischen und technologischen Transformation der Wirtschaft, der demografischen Entwicklung sowie von Verschiebungen innerhalb des (Aus-)Bildungsgeschehens. Im Vergleich zum Vorjahr wurden 1,2 Prozent mehr Ausbildungsverträge abgeschlossen. Insgesamt starteten



473.064 Personen mit ihrer Ausbildung. Die Zusammenführung von Angebot und Nachfrage von Ausbildungsplätzen bleibt laut Berufsbildungsbericht Herausforderung in den nächsten Jahren. Der Bericht weist Zuwächse bei den Freien Berufen auf: Sie verzeichneten bei den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen ein Plus von 9,4 Prozent, die sich in Summe auf 47.181 belaufen. Damit liegt der Anteil der Freien Berufe an den Neuverträgen bei zehn Prozent. Der Frauenanteil beläuft sich auf 91,2 Prozent und ist mithin leicht gesunken. Aus dem flankierenden Datenreport geht hervor, dass die Freien Berufe die meisten Auszubildenden mit ausländischen Wurzeln beschäftigen. Ihr Anteil ist weiter gestiegen – von 15,7 auf 18,3 Prozent.

4. Zwischenbericht zum Aktionsprogramm „Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche“ veröffentlicht

Wie das Bundesministerium für Bildung und Forschung am 10. Mai 2022 [mitteilte](#), wurde der Zwischenbericht zum Aktionsprogramm „Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche“ veröffentlicht. Einen wesentlichen Teil des Aktionsprogramms von Bund und Ländern für die Jahre 2021 und 2022 stellt der Abbau von Lernrückständen, entstanden im Zuge der Coronapandemie, dar. Finanziert wurde es über eine Änderung des Finanzausgleichsgesetzes im letzten Jahr. Dafür stellte der Bund den Ländern eine Milliarde Euro zur Verfügung, davon ein Drittel 2021. Der jetzt veröffentlichte Zwischenbericht der Länder dokumentiert eine Vielzahl von breit gestreuten Maßnahmen, die in der zweiten Jahreshälfte 2021 begonnen wurden und 2022 fortgeführt und zum Teil weiter ausgebaut werden. Das Spektrum der Maßnahmen ist unter Berücksichtigung landesspezifischer Bedingungen und Bedarfe sowie vor Ort bewährter Strukturen weit gefächert. Neben Unterstützungsangeboten zum Aufholen von Lernrückständen in Kernfächern und Sprachförderangeboten enthält es freizeitpädagogische Ferienangebote, psychologische Unterstützungsangebote, berufsorientierende und sonderpädagogische Maßnahmen sowie musisch-kulturelle Angebote und Sportangebote.

5. EP-Abgeordnete diskutieren KI-Gesetz

Am 11. Mai 2022 erörterten die Abgeordneten der beiden federführenden Ausschüsse des Europäischen Parlaments den [Berichtsentwurf](#) der Berichterstatter Brando Benifei (IMCO, S&D) und Dragos Tudorache (LIBE, RENEW) zum [Vorschlag](#) der Europäischen Kommission für ein Gesetz über künstliche Intelligenz. Die Verordnung soll harmonisierte Vorschriften zur Künstlichen Intelligenz (KI) festlegen, die darauf abzielen, den freien Verkehr von KI-gestützten Waren und Dienstleistungen zu gewährleisten und gleichzeitig die Werte und Grundrechte der Europäischen Union zu wahren. Die beiden Berichterstatter hoben in der Aussprache einige der wichtigsten in ihrem Berichtsentwurf vorgeschlagenen Änderungen hervor, darunter ein Verbot vorausschauender Polizeiarbeit, eine Reihe von Ergänzungen zur Liste der KI-Anwendungen mit hohem Risiko und eine stärkere Rolle sowohl des neuen Europäischen KI-Ausschusses als auch der EU-Kommission, um die Inklusivität sowie die wirksame Durchsetzung der Verordnung zu gewährleisten. Die Ausschussmitglieder begrüßten den Berichtsentwurf als guten Ausgangspunkt. Sie machten aber auch deutlich, wo gegebenenfalls noch nachgeschärft werde



müsste. Stichworte sind hier Rechtssicherheit, Definition, Gewährleistung der Rechte von Personen, die von KI-Anwendungen betroffen sind, sowie die Funktionalität der Regeln. Die Frist für Änderungsanträge wurde verlängert und endet am 1. Juni 2022.

6. ESF-Plus-Förderprogramm „Zukunftszentren“ verlängert

Wie das Bundesministerium für Arbeit und Soziales am 9. Mai 2022 [mitteilte](#), wurde das seit 2019 bestehende Förderprogramm „Zukunftszentren“ aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds Plus verlängert. Ziel der regionalen Zukunftszentren ist vor allem, den kleinen und mittleren Unternehmen zu helfen, sich zukunftsfähig aufzustellen. Anfang 2023 sollen die neuen „Zukunftszentren“ mit einer Laufzeit von vier Jahren starten. Neben den „Regionalen Zukunftszentren“ wird ein koordinierendes Zukunftszentrum die Ergebnisse aus den Regionen zusammenführen, den gegenseitigen Austausch fördern und für den Transfer von länderübergreifendem Wissen zum Wandel der Arbeitswelt in die Breite sorgen. Überdies geplant ist ein „Haus der Selbstständigen“, das die Gestaltungskompetenz von Selbstständigen, insbesondere Solo-Selbstständigen, im digitalen Wandel stärken soll. Weitere Informationen finden sich in der [Förderrichtlinie](#) zum Programm. Die Bewerbungsfrist für interessierte Organisationen läuft bis zum 20. Juni 2022, eine Bewerbung ist unter www.foerderportal-zeus.de möglich.

7. Homeoffice-Nutzung sinkt kaum

Der Anteil der Beschäftigten, die zumindest teilweise im Homeoffice arbeiteten, ist im April 2022 auf 24,9 Prozent gesunken. Im März 2022 waren es 27,6 Prozent. Das geht aus einer Umfrage des ifo Instituts hervor, die am 9. Mai 2022 [veröffentlicht](#) wurde. Laut der Autoren bleibt die Homeoffice-Nutzung damit nach Abschaffung der Pflicht am 20. März 2022 auf einem hohen Niveau. Offenbar haben sich viele Unternehmen dauerhaft auf flexiblere Modelle eingestellt. Allerdings hatte das ifo Institut ein Homeoffice-Potenzial von 56 Prozent über die gesamte deutsche Wirtschaft hinweg berechnet.

